

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag

Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verleger-Einrichtungen, hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramera 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Freibersdorf, Lehendorf, Großnaundorf, Nischenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 49

Mittwoch, den 27. Februar 1929

81. Jahrgang

## Amlicher Teil.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 205, betreffend die Firma G. A. Boden in Bretinig, eingetragen worden:

Der Kaufmann Gustav Hermann Erich Boden in Bretinig ist gestorben.

- a) Johanna Wilhelmine verw. Boden geb. Richter,
- b) Helene Frida Traute Boden, geb. 24. 7. 1923,

c) Johanna Euse Boden, geb. 17. 11. 1924, sämtlich in Bretinig, führen das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma in Erbengemeinschaft weiter.

Amtsgericht Pulsnitz, am 23. Februar 1929.

## Das Wichtigste

Die spanischen Behörden beschlagnahmten alle Zeitungen, darunter auch die „Gibraltar Daily Papers“, die Veröffentlichungen über den Zustand der spanischen Artillerieoffiziere brachten. Wie aus Angora gemeldet wird, ist nach Berichten aus Kabul in der Stadt Maidan eine Revolution gegen den König Habib Allah ausgebrochen. Der Oberbefehlshaber der Truppen Habib Allah, General Hakim Khan ist ermordet worden. In der Nähe von Nagasaki ist der chinesische Dampfer „Lachagan“ gesunken. 26 Mann der Besatzung fanden den Tod. Wie aus Peking gemeldet wird, sind in der Provinz Schantung sechs Städte durch Banden vollkommen ausgeraubt und zerstört worden.

## Der Wehrgedanke.

Von Gerhard Hoefs.

Die große Reichswehrdebatte im Reichstag macht die folgenden Ausführungen über die Einstellung der Parteien und des Auslandes zum Wehrgedanken und über die Rüstungen Deutschlands und der anderen Mächte sehr lehrreich.

Amerikas scheidender Staatspräsident sprach in seiner letzten amtlichen Rede von der Pflicht eines Volkes zur nationalen Selbstverteidigung. Coolidge hielt diese Mahnung an sein Volk angesichts der letzten Konferenzen, auf denen von den Abrüstungspflichten der Völker nur „geredet“ wurde, für ein dringendes Erfordernis. Englands Außenminister erklärte am Sonnabend, er glaube, der Völkerbund mache Kriege nicht unmöglich. Die Enthüllungen über das gegen Deutschland, Holland, Italien und Spanien gerichtete französisch-belgische Militär-Gehheimabkommen beleuchteten die Gefährdung Europas durch einen etwaigen Krieg. So ist es begreiflich, daß auch die Parteien in Deutschland sich mit der Frage: Abrüstung oder Aufrüstung? — mehr als je beschäftigen.

Das demokratische Wehrprogramm bekennet sich offen für den Wehrgedanken zur Verteidigung der Landesgrenzen. Reichswehr sei für einen etwaigen Verteidigungskrieg erforderlich. Selbstverständlich eine schlagfertige Reichswehr. Ebenso hat sich der sozialdemokratische Reichstagspräsident Böbe in Breslau für die Erhaltung der Reichswehr ausgesprochen. Die übrigen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, sind bekannterweise reichswehrfreundlich eingestellt. Da der Wehrgedanke immer mehr verankert ist diese allgemeine politische Wendung zu dem Bekenntnis, daß das Volk sich vor feindlichen, gewaltsamen Angriffen zu schützen die Pflicht habe, durchaus begreiflich.

Die Reichstagsdebatte über den Verrat der Groener-Dentschrift an England hat die Wehrfrage, die auf dem kommenden sozialdemokratischen Parteitag eine große Rolle spielen wird, wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt. Ist der Krieg zwar etwas Furchtbares, so darf doch kein Volk, das den Willen zur Selbstbehauptung besitzt, wehrlos sein. Groeners Forderung nach Rüstungslosigkeit ist völlig berechtigt, in erster Linie muß Deutschland das von Polen bedrohte Ostpreußen mit allen ihm aus dem Versailler Vertrag gelassenen Mitteln zu schützen suchen. Dazu ist der viel umstrittene Panzerkreuzer A erforderlich. Wohl haben die Staatsmänner den Krieg geächtet. Aber wozu rüsten die Völker auf? Warum das englisch-amerikanische Betrüben? Warum Frankreichs riesiger Heereshaushalt? Warum eine „kleine Entente“ in Waffen? Aus Friedensliebe? Nein, weil das Gesicht Europas, wie es vor 1914 war, sich auch nach 1918 nicht geändert hat.

Sehen wir einmal den politischen Tatsachen ins Auge. Wie steht's um die Abrüstung bei den andern? Zahlen sprechen:

	Friedensstärke	Batterien	Tanks	Flugzeuge	Vorausgeschätzte Kriegesstärke
Deutschland	100 000	72 (leichte)	0	0	100 000
Belgien	66 800	116	225	234	600 000
England	180 000	196	300	1540	2 000 000
(Mutterland)	733 000	783	2553	2560	4 500 000
Frankreich	394 000	523	120	1100	3 500 000
Italien	115 000	313	10	250	1 600 000
Serbien	280 800	459	220	1000	2 000 000
Polen	144 000	332	90	250	1 000 000
Rumänien	1 050 000	814	500	1000	6 000 000
Rußland	140 000	330	60	500	1 300 000
Sibirien	135 000	324	547	1600	3 000 000
U. S. A.					

## Die Krise des Parlamentarismus

Stresemann vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei

Die Berliner Presse zur Entscheidung der Volkspartei

### Ist das Parlament noch dem Volke verantwortlich?

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat am Dienstag im Marmoraal des Hotel Eplanaade zu Berlin zusammen. Die Sitzung wurde vom Reichsaußenminister Dr. Stresemann eröffnet, der u. a. folgende Ausführungen machte: Die schnelle Einberufung des Zentralvorstandes hänge mit seiner Abreise nach Genf zusammen, aber auch sonst wäre eine Aussprache über die Verhältnisse im Reich und in Preußen notwendig gewesen. —

Dann fuhr der Außenminister fort: „Täuschen wir uns nicht darüber:

Wir stehen in einer Krise des Parlamentarismus, die schon mehr als eine Vertrauenskrise ist. Diese Krise hat zwei Ursachen: Einmal das Zerbröckeln, das aus dem parlamentarischen System in Deutschland geworden ist, zweitens die völlig falsche Einstellung des Parlaments in bezug auf seine Verantwortlichkeit gegenüber der Nation.

Was bedeutet parlamentarisches System? fragte der Außenminister. Es bedeute die Verantwortlichkeit des Reichsaußenministers gegenüber dem Parlament. Nirgends bedinge diese Zustimmung, daß der Minister Partei mann sein müsse. Nirgends bedinge sie Verteilung der Ministerposten nach der Stärke der Fraktionen. Nirgends bedinge sie weiter den

Übergang des Regierens vom Kabinett auf die Fraktionen.

Die Ernennung des Ministers erfolge durch den Reichspräsidenten. „Ich verwahre mich persönlich“, so sagte Stresemann, „gegen die Anwendung des Satzes, daß eine Fraktion ihre Minister „zurückzieht“. Die Minister haben vor sich selbst die Frage zu beantworten, ob sie ihr Amt annehmen, oder ob sie ihr Amt aufgeben. Der Reichstag kann ihnen das Vertrauen entziehen. Die Fraktion kann sie aus der Fraktion ausschließen.

Man spräche davon, die Rechte des Reichspräsidenten zu verstärken. Die Parteien sollten sich bemühen, durch ihre Einstellung das Ansehen des Reichspräsidenten nicht zu verringern. Man dürfe den Reichspräsidenten nicht als einfache Unterzeichnungsmaschine hinstellen, wenn ohne jede Debatte über die Auffassung des Reichspräsidenten erklärt werde, diese oder jene Minister „müssen“ ernannt werden.

Der Reichspräsident müsse mit dem Reichskanzler, wie sie wollen, die Regierungsbildung vornehmen können und den Kampf gegen das Parlament

führen, das dieser Bildung des Kabinetts widerstrebt. Manche Regierungskrise wäre zu Ende, wo ein Nachwort des Reichspräsidenten erfolgen würde. Auch die jetzige Minderheitsregierung sei „fähig“, zu regieren. Es sei wünschenswert, die Reichspolitik stärker zu untermauern. Ob bei der Zentrumsparthei dieser Wunsch bestehe, sei zweifelhaft. Ein Rücktritt der Reichsregierung käme nicht in Betracht. Unsere Sachverständigen in Paris würden der moralischen Spitze entbehren. Persönliches Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staat stehe höher als die Rücksicht auf die Partei.

Die bisherigen Regierungsverhandlungen seien eine parteipolitische Groteske

gewesen. Eine Ergänzung der gegenwärtigen Regierung sei zu wünschen. Nach seiner Ansicht komme sie in der Richtung Hugenberg, des deutschnationalen Parteivorstandes, nicht in Betracht.

Mit stärkstem Bedenken sehe er die fortwährende Ausgabensteigerung. Die Steuerzahler würden wie Zitronen ausgequetscht. Dem Bauern, der die Steuern nicht zahlen könne, nehme man die Kuh weg.

Unter Widerspruch der Versammlung behauptete Stresemann, daß die Substanz der Wirtschaft noch nicht angegriffen sei.

Fortgesetzte Erhöhung der Steuern sei unmöglich. Im Parlament verlange der eine Milliarden für soziale Ausgaben, der zweite für Wohnungsbau usw. Der Wettbewerb der Parteien um die Popularität sah herei müsse aufhören. Volksnot gehe über Etatrecht! Wir wären in Deutsch-

land vom Faschismus noch weit entfernt, aber der Parlamentarismus müsse reformiert werden. Der Liberalismus der Persönlichkeit, so schloß Stresemann, müsse der Herrschaft der rein zahlenmäßigen Organisation gegenübergestellt werden.

Dann kam der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion, der Abg. Stendel, zu Wort, der eine eingehende Darstellung der in Preußen geführten Verhandlungen gab. Er bestritt die Behauptung, daß

Disharmonien zwischen Dr. Stresemann und der Landtagsfraktion

bestünden. Er betonte, die Haltung der sozialdemokratischen Presse habe gezeigt, wie wenig die Sozialdemokratie in Preußen daran gedacht habe, die Volkspartei in die preussische Regierung hineinzunehmen. Von Bedeutung war die Erklärung, warum die Volkspartei sich nicht mit dem ihr angebotenen Handelsministerium einverstanden erklären konnte. Das Handelsministerium habe fast keinen Beamtenunterbau im Lande. Die volksparteiliche Beamtenschaft wäre mit dieser Vertretung in der Regierung sicherlich nicht zufrieden gewesen. Die Volkspartei hätte einen ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß verlangen müssen.

Die weiteren Verhandlungen des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei fanden hinter verschlossenen Türen statt.

Der Reichspräsident hat am Dienstag den Reichskanzler Müller zu einer Besprechung empfangen.

## Die D. V. P. vertagt die Koalitionsfrage

Der Beschluß des Zentralvorstandes.

Nach längerer Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Haltung der Preussischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion in der Koalitionsfrage. Der Zentralvorstand ist der Ansicht, daß eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition nur dann erfolgreich wirken kann, wenn aus staatspolitischen Gründen der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird. Der Zentralvorstand wird insofern nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses zur Koalitionsfrage vom November 1928 erneut Stellung zu der politischen Lage nehmen, um die gleichartige Bildung der Koalition im Reich und in Preußen zu erreichen.“

Der Zentralvorstand weiß sich angesichts der Ueberlastung des deutschen Volkes mit Steuern und anderen Lasten, die das Maß des Erträglichsten bereits überschritten haben, einzig mit der Reichstagsfraktion, daß die Belastung aller Erwerbsstände nicht weiter gesteigert werden darf, dann aber rasch und fühlbar gesenkt werden muß. Ebenso notwendig ist die Inangriffnahme einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform und die Weiterverfolgung der verfassungsrechtlichen Anträge der Reichstagsfraktion.“

## Zur Entscheidung der Volkspartei

Die Berliner Presse zur Entscheidung

Berlin, 27. Februar. Die Entschließung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei gibt den Berliner Blättern zur ausführlichen Stellungnahme Veranlassung. Die „Germania“ sagt, die sehr dunkle Entschließung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei habe naturgemäß der Zentrumsfraktion am Dienstag noch keinen Anlaß gegeben, ihren Sinn und ihre Auswirkung zu prüfen. Von vornherein müsse jedoch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß für das Zentrum in etwaigen Verhandlungen die Garantie fester und stabiler Regierungsverhältnisse im Vordergrund stehe. Darauf allein, auf die sachliche Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmöglichkeit der Regierung komme es an. Am dringlichsten scheine es zu sein, daß zwischen Reichsregierung als solcher und der in dieser Regierung vertretenen

